

Interview:

"Die größte Menschenrechtsverletzung besteht für mich darin, daß mehr als die Hälfte der Bevölkerung Bangladeshs unter der Armutsgrenze lebt"

Bangladesh und die Europäische Union

- Daten, Fakten, Hintergründe -

Jährlich erhält Bangladesh Entwicklungshilfe in Milliardenhöhe - 1992 waren es 1,728 Mrd. US-Dollar. Wer ein "Who's Who" der Entwicklungszusammenarbeit verfassen möchte, ist in Bangladesh für Recherchen am richtigen Ort, trifft er doch auf eine große Zahl an mehr oder weniger bekannten, staatlichen wie nicht-staatlichen Entwicklungsagenturen. Im "Annual Development Programme" (1994/95) sind 652 Entwicklungsprojekte aufgeführt. Auch die Europäische Union* ist entwicklungspolitisch aktiv in Bangladesh. Die offiziellen Beziehungen zwischen Bangladesh und der Europäischen Union sind fast so alt wie der 1971 unabhängig gewordene südasiatische Staat selbst. Als Marksteine der Entwicklung gelten: das "Commercial Co-operation Agreement" von 1976, das Textilabkommen von 1986, das Bangladesh faktisch einen uneingeschränkten Zugang zum europäischen Markt gewährt, die Einrichtung einer diplomatischen EU-Mission in Dhaka (1988) und die Erarbeitung des ersten Strategiepapiers (1993-1996) für Bangladesh.

Die Europäische Union hat in den Jahren 1976 bis 1992 insgesamt rund 900 Millionen Ecu (1 DM = 1,91 Ecu) für die Zusammenarbeit mit Bangladesh aufgewendet. Dabei entfielen auf die Bereiche "Nahrungsmittelhilfe" und "Entwicklungszusammenarbeit" mehr als 90 Prozent. "Wirtschaftliche Zusammenarbeit", einst als zukünftige Säule der Beziehungen gehandelt, blieb mit 0,005 Prozent stark hinter den Erwartungen zurück (s. Tabelle 1). Die Ressourcenausstattung vergrößerte sich ständig. Von "ein paar Millionen Ecu jährlich" (Jonckers) auf zur Zeit etwa 40-50 Mio. Ecu für die Projektarbeit und 15 Millionen Ecu für Nahrungsmittelhilfe.

Gab es in den 70er Jahren nur eine Abteilung in Brüssel, die für Asien zuständig war, sowie eine Person in Delhi, die sich mit der Projektarbeit in Bangladesh befaßte, so ist heute eine Generaldirektion in Brüssel mit Asien beschäftigt, koordinieren hier zwei "desk officers" die Bangladesh-Projektarbeit und ist eine diplomatische Mission der EU, eine sogenannte "delegation", in Dhaka ansässig, um dort als ständi-

ger Gesprächs- und Verhandlungspartner von Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft präsent zu sein.

Zur Zeit fördert die EU zusammen mit anderen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen 24 Entwicklungsprojekte, ausgenommen 12 Projekte, die kurz vor dem Abschluß stehen. Die EU ist auch am "Flood Action Plan" beteiligt.

Das Südasienbüro wollte Einzelheiten über die Zusammenarbeit der EU mit Bangladesh erfahren und fand Gesprächspartner. Martin Peter Houscht befragte zwei Beamte der Europäischen Kommission in Brüssel. Jos Jonckers (J) ist seit 1987 "Desk Officer" für Bangladesh. Albert Te Pass (TeP) ist Leiter der Südostasienabteilung.

"Wir versuchen das Pferd zum Wasser zu bringen..."

Die "wirtschaftliche Zusammenarbeit" erscheint in den Publikationen der EU als ein zentraler Bereich ihrer Beziehungen zu Bangladesh. Wirft man einen Blick auf die zwischen 1976 und 1992 geleisteten Zahlungen der EU, so fällt der mit 0,005 Prozent winzige Anteil der wirtschaftlichen Zusammenarbeit daran auf. Was ist schiefgegangen?

J: Sicherlich sind die Erfolge im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit hinter unseren Erwartungen zurückgeblieben. Ich würde jedoch nicht sagen, daß etwas schiefgegangen ist! Im Gegensatz zur Entwicklungszusammenarbeit kann die EU im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit nicht direkt intervenieren. Sie kann auch nicht mit Regierungen oder den Nichtregierungsorganisationen (NROs) Initiativen ergreifen. Nach der Verordnung 443/92 vom 25.02.1992 besteht die Aufgabe der EU darin, zu helfen, ein investitionsfreundliches Umfeld in den Staaten Asiens und Lateinamerikas aufzubauen. Die Bereiche, denen unsere besondere Aufmerksamkeit gilt, sind folgende: Wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit, Aufbau bzw. Verbesserung der institutionellen Strukturen, in Sonderheit seien die Verwaltungs- und wirtschaftlichen Strukturen genannt, und schließlich Unterstützung von Unternehmen durch Handelsförderung, Training und "Kontaktbörsen" zwischen Unternehmen aus verschiedenen Ländern. Wir versuchen das Pferd zum Wasser zu bringen, zum Trinken können wir es aber nicht zwingen. Im Klartext heißt das, wenn trotz unserer Bemühungen, die Rahmenbedingungen für Investitionen zu verbessern, der private Bereich an Bangladesh nicht interessiert ist, können wir auch nichts tun.

Die marktwirtschaftliche Orientierung der jetzigen Regierung sowie

die Rückkehr zur Demokratie - ich möchte einmal die aktuellen Turbulenzen ausklammern - helfen sicherlich, private Investoren nach Bangladesh zu bringen. Darüber hinaus hat die wirtschaftliche Entwicklung in Ostasien auch für Bangladesh Nischen geschaffen. Südkoreas Textilindustrie hat wegen steigender Produktionskosten in Bangladesh investiert. Land und vor allem Arbeit sind hier derart preiswert zu haben, daß die Koreaner diesen Schritt gegangen sind. Für Bangladesh hat sich die Textilindustrie zum wichtigsten Devisenbringer entwickelt.

Bangladeshs Stärke sind billige Arbeitskräfte. Besteht nicht die Gefahr, daß die Erfolgsgeschichte der Textilindustrie bald der Vergangenheit angehören wird, setzt das Land auf kurzfristige Kostenvorteile statt auf hochwertige Qualität?

J: Heute spielen sie mit den Karten, die sie haben. Billige Arbeit ist der Trumpf, den Bangladesh in der Hand hält. Es macht keinen Sinn, darüber nachzudenken, ob die Trumpfkarte auch noch morgen stechen wird. Die Trumpfkarte "billige Arbeitskraft" hat einen Stich gemacht, Investoren ins Land gelockt. Bangladeshis erhalten Training, sie lernen den Weltmarkt kennen, erhalten neue Ideen und vieles mehr. Unterschätzen sie nicht die "Spin off" Effekte. Wir haben es mit einem dynamischen Prozeß zu tun, der auch für Bangladesh viele Möglichkeiten offenhält.

Was tut die EU konkret, damit sich die "Spin off" Effekte für Bangladesh erhöhen und die Chancen, im Weltmarkt eine größere Rolle zu spielen, steigen?

J: Bis vor kurzem war unser Ansatz sektor- und produktspezifisch. Wir versuchten es im Jute-, Leder-, Handarbeit- oder auch Gewürzbereich. Leider ohne durchschlagenden Erfolg. Im November 1994 hat die EU innerhalb einer Arbeitsgruppe einen neuen Ansatz für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Bangladesh beschlossen, der sich auf die erwähnte Verordnung 443/92 sowie auf das Länderstrategiepapier (1993-1996) bezieht. Das Ausmaß an Armut in Bangladesh sowie das schlechte internationale Image, das dem ökonomischen Umfeld in Bangladesh anhaftet, haben nach unserer Ansicht einen besonderen Ansatz notwendig gemacht. Ausbildungs- und Informationsaktivitäten stehen im Vordergrund. Auf drei Aspekte möchte ich dabei aufmerksam machen: Die bangladeshischen Angestellten - nehmen wir den Garnelensektor - werden über die bestehende EU-Garnelenverordnung informiert. Sie erhalten Training, damit die Verordnungen eingehalten werden können. Gewisse hygienische Standards und viele andere Bedingungen müssen ja eingehalten bzw. erfüllt werden. Sie können sich vorstellen, wieviel an Informations- und Ausbildungsarbeit da zusammenkommt.

Spezielle Managementseminare werden angeboten. Viele Bangladeshis kennen nur den eigenen Wirtschaftsraum, Möglichkeiten und Spielregeln des internationalen Marktes jedoch nicht. Wer mit dem europäischen Markt interagieren will,

braucht aber diese Informationen.

Informationsaustauschprogramme sollen veranstaltet werden. Arbeitgeber, Gewerkschaften, Studenten, Wirtschaftsjournalisten und andere Gruppen aus Europa und Bangladesh sollen die Möglichkeit erhalten, sich über die sozio-ökonomischen Grundlagen der europäischen und bangladeshischen Unternehmenskultur auszutauschen. Auf diese Weise soll ein besseres gegenseitiges Verständnis erzielt werden.

Dies ist ein indirekter, langfristiger Ansatz. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Mitgliedsstaaten der EU einen direkteren Zugang zu den Marktakteuren haben. Ein deutscher Geschäftsmann wird weiterhin den für Handelsfragen zuständigen deutschen Botschaftsrat in Dhaka aufsuchen, nicht den Handelsberater der Mission der EU. Die Mitgliedsstaaten haben eindeutige Vorteile, was den direkten Kontakt zwischen Unternehmen und die Dienstleistungen, die sie anbieten können, anbelangt. In Indonesien, vor allem wegen der zunehmenden Bedeutung des Marktes dort, haben die Mitgliedsstaaten bereits ein europäisches Unternehmensinformationssystem gegründet, ein Datennetzwerk, das die Wissensbestände ein-



Kinderarbeit ist in Bangladesh noch weit verbreitet (Foto: Walter Keller)

zelter Staaten zusammenbringt. Im Falle von Bangladesh scheint dies jedoch noch etwas verfrüht.

"Kinderarbeit wird nicht abgeschafft, nur weil Konventionen unterzeichnet werden"

Sie sprechen von Ausbildungsaktivitäten - Stichwort: "human resources development". Wie steht es aber mit der Kinderarbeit in Bangladesh, mit Kindern, denen die Chance auf schulische Grundbildung und eine persönliche Karriereentwicklung verwehrt wird und die zumindest in früheren Jahren maßgeblich am Erfolg der Bekleidungsindustrie beteiligt waren?

J: Was die nach wie vor existierende Kinderarbeit in Bangladesh angeht, so sind wir sehr besorgt und wünschen eine Respektierung der entsprechenden Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Andererseits wissen wir, daß viele Haushalte keine Alternativen haben. Kinderarbeit wird nicht abgeschafft, nur weil Konventionen verfaßt oder gar unterzeichnet werden. Solange man Kinderarbeit auf einem abstrakten Niveau diskutiert, fällt es leicht, sich zu empören. Plazieren wir die Kinderarbeit in den Armutskontext, wie er sich in Bangladesh abhebt, so wird man vorsichtiger. Nehmen sie eine Frau mittleren Alters, die mit sieben Kindern und ohne Mann dasteht. Wollen sie der sagen, nimm dein Kind aus der Fabrik oder vom Straßenverkaufsstand, du verletzst eine ILO-Konvention und verstößt gegen die Menschenrechte. Die größte Menschenrechtsverletzung besteht für mich darin, daß mehr als die Hälfte der Bevölkerung Bangladeshs unter der Armutsgrenze lebt, in einer Situation, die ihr keine Handlungsoptionen offen läßt. Natürlich müssen wir etwas tun. Schulen bauen, "Food for education" Projekte, etc. Alles gute Absichten, die jedoch nicht



Devisenbringer Nr.1 - Die Bekleidungsindustrie (Foto: Walter Keller)

über Nacht die Situation grundlegend ändern können.

Demnach haben sie kein Rezept zur Abschaffung der Kinderarbeit. Die heutigen Kinderarbeiter werden wieder sechs oder sieben Kinder haben, denen das gleiche Schicksal bevorsteht. Die Schulen, die sie bauen, werden von anderen Kindern besucht. Ein geringer Bildungsstand bleibt endemisch und damit werden zum Beispiel auch die Implementierung von Familienplanungsprogrammen möglicherweise erschwert und ...

J: Es gibt keine schnellen Lösungen, wohl aber drängende Überlebensprobleme. Die Menschen in Bangladesh sprechen über das "Heute". Wenn der Eßtisch leer steht, haben sie ein Problem. Morgen oder gar Übermorgen ist zunächst noch weit weg. Deshalb ist es ja auch nicht möglich, Kinderarbeit quasi per Dekret abzuschaffen.

Ein Lernprozeß - die Entwicklungszusammenarbeit

Das heißt wohl, daß Kinderarbeit durch Entwicklung abzuschaffen bzw. zu überwinden ist. Wie sieht die Entwicklungszusammenarbeit der EU gegenüber Bangladesh aus?

J: Um die aktuelle Entwicklungszusammenarbeit verständlich machen zu können, muß ich kurz einen Ausflug in die Geschichte unserer Beziehungen unternehmen.

Die Zusammenarbeit mit Bangladesh begann bereits kurz nach der Unabhängigkeit des Landes. Sie bestand im wesentlichen in der Nahrungsmittelhilfe in Notzeiten. 1976 wurde dann das "Commercial Co-operation Agreement" geschlossen, das jedoch nur eine Auflistung an möglichen Kooperationsbereichen war, ohne eine detaillierte Beschreibung von Zielen und Schwerpunkten zu geben. Bis Anfang der 80er Jahre war die diplomatische Vertretung der Europäischen Kommission, die "Delegation", in Dehli verantwortlich für die Zusammenarbeit der EU in Bangladesh. Einer Person in der dortigen Delegation stand ein Budget über ein paar Millionen Ecu zur Verfügung, mit dem ein oder zwei Projekte in Bangladesh finanziert wurden. Während die Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten im Rahmen der Lomé-Verträge bereits ihren institutionellen Niederschlag gefunden hatte, gab es für die Staaten Asiens und Lateinamerikas nur eine Abteilung in Brüssel. Die Jahre 1975 bis etwa 1982/83 waren also in jeder Hinsicht eine Phase des Aufbaus. Die EU trat in der Entwicklungszusammenarbeit als Ko-Financier von Projekten anderer, über mehr Erfahrung in Bangladesh verfügende Partner auf. In Brüssel wurde man sich jedoch der zunehmenden Bedeutung Bangladeshs bewußt. Ein bevölkerungsreiches, mit großen landwirtschaftlichen Problemen behaftetes Land mußte mit mehr Ressourcen aller Art behandelt werden. Die EU eröffnete ein Büro in Bangladesh, das jedoch weiterhin der Delegation in Dehli unterstellt war. 1984 startete die EU mit dem ersten großen Programm, dem "Rangpur Region Rural Development Programme". Dies war ein 25 Millionen Ecu Programm - die Holländer, mit denen wir das Programm zusammen machten, waren mit 5 Millionen Ecu, also 20 Prozent dabei. Ein Bangladesh-Besuch des damaligen EU-Kommissars Cheysson im Jahre 1987 brachte den endgültigen Durchbruch. Eine Delegation in Dhaka wurde 1988 eingerichtet, das Budget stieg ständig und erreicht heute etwa 40 Millionen Ecu jährlich - ohne Nahrungsmittelhilfe, die allein etwa 15 Millionen Ecu ausmacht. Der Änderung in der Ressourcenausstattung folgte 1992 eine überfällige Änderung in der entwicklungspolitischen Konzeption. Die Verordnung 443/92 vom Februar 1992 stellte unsere kurzfristig ausgerichtete, eher gelegenheitsorientierte Entwicklungszusammenarbeit auf eine völlig andere Grundlage, gab ihr eine langfristige Perspektive. Mußte bis zu diesem Zeitpunkt jedes Jahr über den Entwicklungsetat neu entschieden werden, so wurde nun ein auf vier Jahre angelegtes, zum ersten Mal überhaupt für ein Land entworfenenes Strategiepapier für Bangladesh ausgearbeitet. In Brüssel konzipiert, wurde das Papier im Gemeinsamen Ausschuß, wo EU-Angehörige und Vertreter der bangladeschischen Regierung sitzen, diskutiert und schließlich ange-



'Food for work' im Manikganj-Bezirk

nommen. Damit haben wir den entscheidenden Schritt in Richtung langfristige Planung unternommen.

"Wir bringen die menschliche Seite ins Spiel" - EU und Weltbank

Was steht denn im Strategiepapier?

J: Das Strategiepapier enthält Aussagen über die Entwicklungs- und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Allgemeine und spezifische Ziele für die prioritären Bereiche der Zusammenarbeit werden festgelegt. Um nur einige Ziele der Entwicklungszusammenarbeit zu nennen: Schwerpunktsetzung in den Bereichen "Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion und Nahrungsmittelsicherheit", "Armutsbekämpfung" und "stärkere Einbeziehung der Frauen in den Entwicklungsprozeß".

Förderung der Rolle privater Unternehmer im Wirtschaftsprozeß. Pooling und Integration von Ressourcen aus verschiedenen Budgetbereichen, z.B. Unterstützung von Nahrungsmittelprojekten durch Mittel aus der Entwicklungszusammenarbeit.

Ausnutzung der komparativen Vorteile der EU im Bereich der flexiblen und sehr attraktiven Vergabe von Zuschüssen innerhalb von großen Projekten, die auf Kreditvergabe beruhen.

Haben Sie dafür ein Beispiel?

J: Die EU vergibt in der Entwicklungszusammenarbeit ausschließlich Zuschüsse, während die Weltbank Darlehen vergibt. Die Weltbank besitzt riesige Ressourcen in bezug auf Mitarbeiter in Washington wie in Bangladesh. Während sie Entwicklungsaktivitäten stärker aus der Sicht eines Bankers betrachtet und von einer ökonomisch-monetären Warte aus agiert, nimmt die EU eine stärker die menschliche und soziale Entwicklung in den Blick neh-

mende Haltung ein. Unsere Idee ist, daß wir durch die Zusammenarbeit mit der Weltbank unsere komplementäre Vorgehensweise zum Nutzen der Menschen in Bangladesh optimieren können. Das heißt nicht, daß wir als Juniorpartner der Weltbank auftreten wollen. Wir sehen in gemeinsamen Projekten vielmehr die Chance, den Planungs-, Verhandlungs- und Implementationsprozeß beeinflussen zu können.

Nehmen wir das "Coastal Embankment Rehabilitation Project" (CERP) als Beispiel. Die Weltbank stellte Kredite für Maßnahmen im Bereich der Restauration und der Konstruktion von Deichen entlang der Küste zur Verfügung, die EU gab Zuschüsse in Höhe von zwei Millionen Ecu, damit eine Arbeitsstudie angestellt werden konnte - die bangladeschische Regierung konnte und wollte das Geld nicht bei der Weltbank leihen, und so war dies der Anfang des CERP Engagements der EU. Die Studie war kaum fertiggestellt, als der verheerende Zyklon im April 1991 das Land heimsuchte. Die bangladeschische Regierung wollte sofort mit dem Dammprojekt beginnen, wir hatten Übereinstimmung erzielt über die prioritären Arbeiten, die Weltbank hatte die Mittel für diese Arbeiten, aber keine Ressourcen für Planung und Management, das heißt für die erforderliche technische Hilfe. Also gab die EU zusätzliche 2,5 Millionen Ecu als Zuschuß, um diese technische Hilfe und damit den Beginn der Arbeiten zu gewährleisten. Die Weltbank betrachtete CERP zunächst nur als ein Dammprojekt. Durch das Engagement der EU wurde daraus ein Entwicklungsprojekt. Wir machten der Weltbank klar, daß Menschen hinter den Dämmen leben und Hunderte von Menschen umgesiedelt werden mußten. Die EU brachte also die menschliche Seite ins Spiel und hatte die Idee, die Dämme nicht nur als Dämme, sondern als eine Art Aktivposten zu betrachten, der, richtig genutzt, den Menschen helfen könnte, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Das Resultat: Die Dämme wurden zu einkommenschaffenden Quellen für die Anwohner. Jede Person

wird einen
- daraus w
kann. Das
nanzierung
haltung der
welt dieser
jekt ist also

"Wenn irg
ökologisch
einbezogen

Kommen v
so aus, als
und "Nach
ment gehen
J: Nicht nu
nommen, so
ner Entsch
des französ
lity" Studie
vollkommer
gewann. D
vieler Mens
irgendeine
Fragen einb
das Engage
Sie haben di
gestärkt. Ich
FAP implem
zu haben. E
Forschungs
stimmter Ko

Aber es we
nisse von s
ganze FAP
vorangetri
J: Nehmen
gramm. Die
kann man e
gendwie mu
Frankreich
Studien im
flusses von
guss Inform
Priority Proj
zusätzlicher
mension steh
worden hinsi
men sind da
und mehrere
Meghna und
dern, daß di
wurde.

Wäre es tro
für den Schu
J: Sie sprech
1990 bis 199
ist nach mein
den.
Der Aufbau e
keine einfache
keinen ausrei
liegenden Inse
ktion der A
die Dämme v

wird einen Hektar vom Damm erhalten, auf dem sie Anpflanzungen - daraus werden Produkte, die sie verkaufen können - vornehmen kann. Das Projekt enthält auch einen Aufforstungsplan und die Finanzierung der Aktivitäten der Menschen, die letztlich auch der Erhaltung der Dämme dienen. Ziel ist es, den Damm in die Lebenswelt dieser Menschen zu integrieren. Aus einem Konstruktionsprojekt ist also eine wichtige Entwicklungsaktivität geworden.

"Wenn irgendeine Entwicklungsaktivität ökologische und partizipatorische Fragen einbezogen hat, dann ist es der FAP"

Kommen wir zum Flood Action Plan (FAP). Hier sieht es doch so aus, als ob die EU es nicht so ernst nimmt mit "Partizipation" und "Nachhaltigkeit". NROs und auch das Europäische Parlament gehen auf Distanz.

J: Nicht nur Bangladesh wird falsch, nämlich zu negativ wahrgenommen, sondern auch der FAP. Dies liegt sicherlich auch an seiner Entstehungsgeschichte. Der FAP startete ja als eine Initiative des französischen Präsidenten Mitterrand. Es gab eine "pre-feasibility" Studie eines französischen Konsortiums, die der Option einer vollkommenen Eindeichung entlang der drei großen Flüsse viel abgewann. Das schlechte Image des FAP hat sich in den Köpfen vieler Menschen festgesetzt. Lassen sie es mich klar sagen: Wenn irgendeine Entwicklungsaktivität ökologische und partizipatorische Fragen einbezogen hat, dann ist es der FAP. Ich möchte dabei auch das Engagement der NROs und der "grünen Lobby" hervorheben. Sie haben die Sensibilität für die zwei Aspekte ganz außerordentlich gestärkt. Ich möchte ihnen versichern, daß keine Komponente des FAP implementiert wird, ohne diesen Aspekten Rechnung getragen zu haben. Bislang ist der FAP nur ein auf fünf Jahre angelegtes Forschungsprogramm mit einigen Pilotprojekten zur Erprobung bestimmter Konzepte.

Aber es werden doch Pilotprojekte begonnen, ohne die Ergebnisse von sogenannten "supporting studies" abzuwarten. Das ganze FAP Unternehmen erscheint unkoordiniert und hastig vorangetrieben.

J: Nehmen wir die Komponente 20, das Großpolder-Testprogramm. Dies muß im Bangladesh Kontext getan werden. Sicherlich kann man eine Menge theoretischer Studien anstellen, doch irgendwie muß ein Konzept ja auch getestet werden. Die EU sowie Frankreich unterstützten die bangladeschische Regierung, indem Studien im Norden des Landes sowie in der Nähe des Zusammenflusses von Ganges und Jamuna angestellt wurden. Nachdem genügend Informationen zur Verfügung standen, startete das "Jamalpur Priority Project" mit einer "pre-feasibility study". Die Ergebnisse zusätzlicher Studien über die partizipatorische und ökologische Dimension stehen noch aus. Bislang ist keine Entscheidung getroffen worden hinsichtlich irgendwelcher Investitionen. Einzige Ausnahmen sind das angesprochene "Compartmentalization pilot project" und mehrere "Town protecting projects" am Zusammenfluß von Meghna und Jamuna. Letztere waren notwendig, um zu verhindern, daß die Infrastruktur von Stadtteilen praktisch weggespült wurde.

Wäre es trotzdem nicht besser, die vielen Milliarden US-Dollar für den Schutz vor Wirbelstürmen einzusetzen?

J: Sie sprechen von Milliarden? In der ersten Phase des FAP von 1990 bis 1995 sind 150 Millionen US-Dollar veranschlagt. Bis jetzt ist nach meinem Wissen diese Summe noch nicht ausgegeben worden.

Der Aufbau eines Schutzsystems gegen Wirbelstürme ist außerdem keine einfache Aufgabe. Gegen Flutwellen von fünf Metern gibt es keinen ausreichenden Schutz für das Küstengebiet, von den außenliegenden Inseln ganz zu schweigen. Es kann also nur um eine Reduktion der Auswirkungen eines Wirbelsturms gehen. Wenn nun die Dämme vom Wasser genommen werden, müssen sie sicher-

stellen, daß das System dahinter ausgeklügelt genug ist, um das schnelle Absinken des schädlichen Salzwassers zu ermöglichen. Wenn der Schutz nicht ausreicht, müssen sie Schutzräume bauen. Weltbank und EU werden die Regierung beim Bau von 1.500 bis 2.000 solcher Schutzräume unterstützen. Allerdings müssen noch Ergebnisse von Studien abgewartet werden. Die Regierung in Bangladesh möchte schnelle Ergebnisse sehen, ein Abwarten ist angesichts der bestehenden Gefahr auch nicht ratsam. Also werden nun Schutzräume in Form von Schulen errichtet oder restauriert. Schulen, die zum Teil während des Wirbelsturms von 1991 zerstört oder beschädigt wurden und nun so ausgestattet werden, daß sie im Falle der Not als geeignete Zufluchtsorte dienen können. Mit Deutschland und Spanien zusammen baut und rüstet die EU zur Zeit 200 Schulen auf. Schließlich brauchen sie für den Wirbelsturmschutz auch noch ein Präventions- und ein Alarmsystem.

Wirbelstürme bringen Tod und Zerstörung mit sich, für Überschwemmungen ist die Bilanz meist weniger eindeutig. Die Jahrhundertfluten von 1988 brachten zwar Zerstörung und kosteten Menschenleben, doch führten sie auch zu einer Rekorderte. Würde der FAP dies nicht verhindern?

J: Aus diesem Grund - und die Studien unterstreichen es - favorisieren wir ein Konzept der "kontrollierten Überschwemmung". Städte sollten jedoch in den Genuß eines umfassenden Schutzes kommen. Ich denke, wir sollten nicht nur über das Thema Überschwemmungen und Landwirtschaft sprechen, sondern uns mit dem Thema Wasser als Entwicklungsressource beschäftigen. Trinkwasser, Wasser für industrielle Zwecke, Grundwasserreserven, usw. All dies muß studiert werden und braucht Zeit, in einem Land wie Bangladesh. Hier fehlen Daten, sogar Karten über das Küstengebiet existieren nicht. Lassen sie mich sagen, daß der FAP auf berechnete Kritik reagiert hat und wir - von EU Seite aus - alles getan haben, um den genannten Aspekten Rechnung zu tragen. Wir hoffen auf einen weiteren konstruktiven Dialog zwischen der bangladeschischen Regierung, den Gebern und den NROs. Ich finde es auch gut, daß NROs oder das Europäische Parlament bestimmte Aspekte des FAP herausgreifen. Wir hier müssen jedoch auch das Ganze im Auge behalten. Dies ist zugleich meine Kritik an Lobbies, die nur eine Seite des Problems sehen bzw. dieses nicht mehr in den Gesamtzusammenhang stellen. Ein Beispiel: Ich teile völlig die Sorgen von NROs, die sich Gedanken über die Zukunft der Bewohner von "chars" machen, also diese im Fluß liegenden Inseln, die durch Sediment- und Sandablagerungen entstehen. Die Eindeichung mag zur Überschwemmung dieser "chars" führen. Natürlich muß die Thematik diskutiert, Lösungen gefunden werden, das heißt aber nicht, nichts zu tun. Die EU unterstützt die Regierung, nach Optionen Ausschau zu halten. Sollte eine Umsiedlung der "char" Bewohner notwendig werden, dann müssen Umsiedlungspläne her, die von den betroffenen Menschen akzeptiert werden können. In einer Demokratie sollten Vorhaben demokratisch und genauestens geprüft werden. Der FAP ist bedeutsam für die Zukunft des Landes und sollte daher vom bangladeschischen Parlament überprüft werden. Er sollte auch unter dem Aspekt der Opportunitätskosten geprüft werden. Wenn man sich für eine Dammkonstruktion in der nördlichen zentralen Region ausspricht, mag dies bedeuten, auf ein Krankenhaus verzichten zu müssen, weil die Ressourcen fehlen. Prioritäten müssen also festgelegt werden. Schwierig ist dies, wenn es um ein langfristiges, sagen wir auf fünfzehn Jahre angelegtes Projekt geht. Ein Beispiel, wie dies funktionieren könnte: Wenn in der nördlichen zentralen Zone die Deichkonstruktion und -restauration für eine notwendige Basisinvestition gehalten wird, als eine für die Kontrolle von Überschwemmungen notwendige Maßnahme, so könnte man diese Investitionen verbinden mit der Polderentwicklung hinter den Deichen. Das heißt, Schleusen und Abflußkanäle müssen her und das kostet Geld. Ob dies tatsächlich stattfinden wird, sollte vom Planungsprozeß abhängig gemacht werden. Hier können dann auch Regierungs- und regierungsunabhängige Vertreter der Region auftreten und die Situation prüfen. Vorschläge und Pläne für solche, über reine Flutkontrollmaßnahmen hinausgehende Investitionen wä-

ren vorhanden, ob die Ressourcen hierfür bereitgestellt werden könnten, hinge von diesem Meinungs- und Planungsprozeß ab. Das heißt also, wir unterscheiden zwischen Kerninvestitionen, die in jedem Fall getätigt werden müssen, und jenen möglichen, den Entwicklungsgedanken stärker aufgreifenden Investitionen, die sich im Planungsprozeß ergeben und hier vor dem Hintergrund möglicher Opportunitätskosten geprüft werden müssen. Dies ist ein interessanter Ansatz, den die EU mit der bangladeschischen Regierung diskutieren wird.

"Die bangladeschische Regierung hat uns niemals gebeten, Farakka zum Thema zu machen"

Blieben wir beim Thema Wasser. Die EU hat im Laufe der vergangenen 20 Jahre bereits einen dreistelligen Millionenbetrag für Bewässerungsprojekte investiert. Andererseits hat das Farakka Stauwehr auf indischer Seite dazu geführt, daß vom Gangeswasser abhängige Teil Bangladeshs im Winter nur noch etwa 15 Prozent der früheren Wassermenge erhält. Wäre es nicht besser, den Druck auf Indien zu erhöhen, um eine faire Lösung hinsichtlich der Nutzung des Gangeswassers zu erreichen, als Millionen für Bewässerungsprojekte auszugeben?

J: Es stimmt, daß wir viele Ressourcen in den Bewässerungsreich stecken, Bewässerungstechnologien einführen, etc. Warum tun wir das? Die Landwirtschaft ist speziell vor dem Hintergrund der Armutsbekämpfung und Nahrungsmittelsicherheit nach wie vor der Schlüsselsektor in Bangladesh. Wenn sie es schaffen, durch Bereitstellung von Bewässerungsanlagen, die landwirtschaftliche Fläche zu verdoppeln oder gar zu verdreifachen, so ist dies ein überzeugendes Argument für unsere Aktivitäten. Bewässerung ist ein magischer Schlüssel, die landwirtschaftlichen Erträge zu stei-

gern. Statt einer Monsunernte haben die Bauern nun zwei bis drei Ernten pro Jahr. Aus einem Hektar Land werden also quasi zwei oder drei Hektar.

Das Farakka Stauwehr im Westen des Landes ist natürlich ein Problem und muß diskutiert werden. Premierministerin Khaleda Zia hat dieses ja im vergangenen Jahr, zum Entsetzen der indischen Regierung, auf der UN-Generalversammlung angesprochen. Die EU ist durch die "South West Area Water Resources Management Study", eine Komponente des FAP, auch mit diesem Thema in Berührung gekommen und untersucht das Problem der sich nach Norden hin ausbreitenden Versalzung. Die Studie hat ergeben, daß die Grundwasserreserven in diesem Gebiet ziemlich groß sind, insbesondere in den nördlich und nord-östlich gelegenen Gebieten. Die Bauern könnten während der trockenen Wintermonate diese Grundwasserreserven nutzen, vorausgesetzt, die Entnahmen übersteigen nicht den zur Regeneration der Grundwasservorräte notwendigen Wert. Die Probleme sind also nicht nur verteilungspolitisch, sondern auch technischer Natur. Es geht allerdings nicht nur um die Landwirtschaft, sondern auch um Trinkwasser, die Verwendung des Wassers für industrielle Zwecke, ja es geht um das gesamte Ökosystem. Deshalb sollte jetzt gehandelt und nicht gewartet werden, bis eine Lösung über die Verteilung des Gangeswasser erzielt worden ist. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir weder Bangladeshs noch Indien sind - wir sind Ausländer, die mit diesen Ländern gemäß festgelegter Agenden kooperieren. Sollten die EU in die Farakka Thematik involviert werden, so muß sie versuchen, Lösungen aufzeigen, sehr diplomatisch und vorsichtig zu agieren. Nebenbei gesagt: Die bangladeschische Regierung hat uns niemals gebeten, Farakka zum Thema unserer Gespräche mit Indien zu machen. Zu hoffen ist, daß die Berichte der Experten, die in der "South West Area Water Resources Management Study" involviert sind, für mehr Problemtransparenz sorgen und eine neue,



Probleme mit Katastrophen: Premierministerin Khaleda Zia besucht das vom Zyklon 1994 heimgesuchte Teknaf im Süden Bangladeshs (Foto: Ahmed Fazl)

Lösungen
chen.
"Food for
Ansatz de
Nahrungsm
die Zahlun
sammenari
Projekte u
die Hälfte
die Aktivit
I: Die grun
in der Exist
gangenheit
desh benöti
liegt also ir
100.000 T
hilfe nach I
dieses Weis
stem verka
(FVW) Proje
des Weltern
dem Verkar
rung in Na
ihrer Mitgl
des Europäi
ner Teil de
an die bangl
fertigt. Die
bestimmten
übernehmen
gestellt wer
zu 90 Proz
dies aus eig
in den sog
Gültigkeit.
Waren die F
- für die Ko
gramme gab
Food Assist
Kleinfisher
von Fraueng
fache Straße
wollen aber
errichten. A
Teichanlegu
Marktentwic
Spring gesc
Notlinderung
die Lebenss
will. Nahrun
den, und zw
scher Hilfe.
bestimmte F
werden. Die
einen langfri
wicklungsins
von sechs Ja
NROs eine g
Und die Kor
I: Mit der K
Auf der abst
dogmatisch.
wäre naiv, di
ben. Doch in
an, von einer

Lösungen nach sich ziehende bilaterale Gesprächsrunde ermöglichen.

"Food for Work" Projekte der zweiten Generation - der Ansatz der EU

Nahrungsmittelhilfe war im Zeitraum 1976-1992, bezogen auf die Zahlungen der EU, noch bedeutsamer als Entwicklungszusammenarbeit. Sie haben immer wieder auch "Food for Work" Projekte unterstützt, die häufig in Verruf geraten sind, weil oft die Hälfte des Weizens in falschen Händen landete. Wie sehen die Aktivitäten der EU in diesem Bereich zur Zeit aus.

J: Die grundlegende Rechtfertigung für Nahrungsmittelhilfe besteht in der Existenz eines Lebensmitteldefizits. Dies reichte in der Vergangenheit von einer Million bis zu 2,5 Millionen Tonnen. Bangladesh benötigt circa 19,5 Millionen Tonnen Getreide. Das Defizit liegt also in der Regel unter zehn Prozent. Die EU liefert jährlich 100.000 Tonnen, vor allem Weizen, in Form von Nahrungsmittelhilfe nach Bangladesh. In den achtziger Jahren wurde der Großteil dieses Weizens über das öffentliche Nahrungsmittelverteilungssystem verkauft, nur ein kleiner Teil ging in die "Food for Work" (FfW) Projekte, die in das "vulnerable group feeding programme" des Welternährungsprogramms integriert waren. Die Erlöse aus dem Verkauf des Weizens sollte von der bangladeschischen Regierung in Nahrungsmittel- bzw. Landwirtschaftsprojekte der EU oder ihrer Mitgliedsstaaten investiert werden. Kritische Anmerkungen des Europäischen Rechnungshofes im Jahre 1989, wonach ein kleiner Teil der EU-Nahrungsmittelhilfe zu einem symbolischen Preis an die bangladeschische Armee verkauft werde, waren nicht gerechtfertigt. Die bangladeschische Regierung hatte sich verpflichtet, einen bestimmten Finanzierungsanteil an den erwähnten Projekten zu übernehmen, dieser sollte durch den Erlös des EU-Weizens sichergestellt werden. Sollte die Regierung nun den Verkauf des Weizens zu 90 Prozent subventionieren, so unser Verständnis, würde sie dies aus eigener Tasche tun, denn die Verpflichtung, 100 Prozent in den sogenannten "counterpart funds" einzuzahlen, behielt ja ihre Gültigkeit.

Waren die FfW Programme früher reine Nahrungsmittelprogramme - für die Konstruktion einer Straße oder anderer Infrastrukturprogramme gab es Nahrungsmittel -, so planen wir nun ein "Integrated Food Assisted Development Project" (IFADEP). In den Sektoren Kleinfischerei, ländlicher Straßenbau und Organisationsentwicklung von Frauengruppen wollen wir tätig werden. Früher gab es nur einfache Straßenarbeiten mit anschließender Weizenentlohnung. Wir wollen aber Straßen höherer Qualität bauen, Brücken und Kanäle errichten. Ausbildungsaktivitäten beispielsweise im Bereiche der Teichanlage und -ausbeutung sind geplant. Kleinkredit- oder Marktentwicklungspläne liegen vor, und und und. IFADEP hat den Sprung geschafft von einem traditionellen, kurzfristig angelegten Notlinderungsprogramm zu einer echten Entwicklungsaktivität, die die Lebenssituation der ländlichen Armen dauerhaft verbessern will. Nahrungsmittelhilfe ist mit Entwicklungshilfe verbunden worden, und zwar durch eine Kombination aus finanzieller und technischer Hilfe. Schließlich kosten diese Aktivitäten viel Geld, müssen bestimmte Fertigkeiten erlernt und von fachlicher Seite begleitet werden. Die EU ist zur Zeit der einzige Geber in Bangladesh, der einen langfristigen Rahmen für die Verbindung verschiedener Entwicklungsinstrumente geschaffen hat - IFADEP hat eine Laufzeit von sechs Jahren. Es ist ein 100 Millionen Ecu Projekt, in dem NROs eine große Rolle spielen werden.

Und die Korruption ...

J: Mit der Korruption verhält es sich so wie mit der Kinderarbeit. Auf der abstrakten Ebene wird es schnell theoretisch oder gar dogmatisch. Man muß das Thema am Konkreten festmachen. Es wäre naiv, die Augen vor der Gefahr der Korruption zu verschließen. Doch in welchem Land besteht die Gefahr nicht? Nehmen wir an, von einer nach Bangladesh eingeführten Tonne Weizen werden

100 Kilogramm anders genutzt als vorgesehen, sicherlich wären wir sofort dabei, wenn es ein System gäbe, welches diese Menge halbieren könnte. Wir sind gegen Korruption, wir kennen aber auch die Realitäten. Sie können ja keine Polizeieskorte für jeden Transport vom Schiff zu den Empfängern organisieren. In diesem Falle lägen die Kosten über den korruptionsverursachten Schäden.

"Wir sind zuverlässig"

Nun könnte man ja auch den Mitgliedsstaaten allein die Aufgabe überlassen, Entwicklungspolitik zu betreiben. Welches sind denn die wesentlichen Vorteile einer multilateralen Entwicklungspolitik, wie sie von der EU betrieben wird?

TeP: Als eine Gemeinschaft sind wir historisch nicht vorbelastet, wie traten nicht als Kolonialmacht auf. Außerdem haben wir keine Spezialinteressen, wollen nicht unsere Produkte exportieren, auch keinen Handel mit militärischen Gütern betreiben. Wir sind zuverlässig und genießen Glaubwürdigkeit bei unseren Partnern.

Deutsche, Briten oder Italiener denken zur Zeit über Kürzungen bei der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit nach. Ist ihre Arbeit davon betroffen?

TeP: Wir müssen unterscheiden zwischen dem aus den nationalen Haushalten sich speisenden "Europäischen Entwicklungsfonds" (EEF) zur Finanzierung der Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten und dem "normalen", vom u.a. europäischen Parlament verabschiedeten Haushalt für die multilaterale Entwicklungspolitik. Wir als Südostasien Abteilung hängen von der letztgenannten Budgetlinie ab. Diskussionen gibt es aber nur wegen der Aufstockung der Mittel für den EEF. Wir haben also keine Probleme.

Wie sieht die Aufgabenverteilung innerhalb der EU im Bereich der Entwicklungspolitik aus?

TeP: Der Ministerrat und das Europäische Parlament treffen die Entscheidung über das Budget, das für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung gestellt werden soll. Die Kommission ist der Manager. Wir identifizieren mögliche Projekte und erarbeiten Vorschläge. Ein aus Repräsentanten der Mitgliedsstaaten bestehender Ausschuß überprüft diese und gibt seine Meinung ab. Die Kommission ist demnach verantwortlich für die Auswahl der Projekte und die Ausarbeitung eines Implementationsprogramms. Wir sind auch dem Parlament verantwortlich, dem Ausschuß, dem Rechnungshof, etc. Das heißt, es gibt bei uns ebenso demokratische Kontrollen wie in jedem Mitgliedsstaat der EU, allerdings auf europäischer Ebene.

"Demokratie kommt nicht über Nacht"

Die Verordnung 443/92 vom Februar 1992 betonte ja auch die Bedeutung der "guten Regierungsführung" oder der Respektierung der Menschenrechte. Während der Ershad Zeit entwickelten sich die Beziehungen recht gut. Seit 1991 haben wir eine demokratisch gewählte Regierung mit einigen Defiziten in den genannten Punkten. Wie reagiert die EU?

TeP: Es besteht ein Dialog zwischen unserer diplomatischen Vertretung in Dhaka, der "Delegation", und der bangladeschischen Regierung. Die Botschaften der Mitgliedsländer versuchen ebenfalls über den Politdialog die Entwicklung der Demokratie zu fördern. Demokratie kommt jedoch nicht über Nacht, sie braucht Zeit. Die Premierministerin wie auch die Oppositionsführerin sind recht jung im Geschäft, ihnen fehlt es an Erfahrung. Demokratische Verhaltensweisen müssen erst eingeübt werden. Was Ershad angeht, so besteht kein Zweifel am autokratischen Charakter seiner Amtszeit. Doch hätten die Menschen zweimal bestraft werden sollen? Zum einen durch das Leben unter dem Ershad Regime, zum anderen durch einen Stop der Entwicklungshilfe. Wir kooperierten mit Ershad, um den Menschen zu helfen, nicht ihm.



Eine Schule mit Zyklonschutzfunktion - Die EU rüstet zusammen mit Deutschland und Spanien im Rahmen des 'Primary-School-cum-Cyclone-Shelter' Projekts Schulen auf.

J: Unter Ershad wurde damals ein sogenanntes "Cluster village programme" begonnen, das eine Umverteilung des Landes zugunsten der ärmsten Schichten vorsah. Natürlich wollte Ershad sein politisches Profil stärken. Die EU griff die Idee auf, stärkte die Landreformkomponente und leistete dabei einen Beitrag zur Stärkung demokratischer Strukturen bevor es zum Regimewechsel kam. Daß wir richtig handelten, zeigt die Reaktion der neuen Regierung. Nach einer Unterbrechung des Projekts für sechs Monate wurde es wieder geöffnet. Die Regierung konnte es sich nicht leisten, ein erfolgreiches, an den Bedürfnissen der Ärmsten orientiertes Projekt zu schließen, nur weil es in der Ershad-Zeit seinen Anfang nahm.

Pragmatismus ist demnach wichtiger als Prinzipientreue. Welchen Wert haben denn überhaupt Verordnungen, die "good governance" und andere Prinzipien im Gepäck haben?

TeP: Es ist wichtig, daß unsere Partner wissen, auf was sie sich einlassen und daß wir manchen Prinzipien eine große Bedeutung beimessen. Wenn wie sie in unseren Abkommen nennen, heißt dies, daß sie eingehalten werden müssen. Bei Zuwiderhandeln haben wir zumindest die Chance, unsere Zusammenarbeit zu beenden. Wir haben ein Druckmittel. Nein, Nein - es sind nicht nur Worte, unser Parlament erinnert uns ständig an sie.

"Jeder kocht noch sein eigenes Süppchen"

Das Maastricht Vertragswerk stellt die Entwicklungszusammenarbeit zum ersten Mal auf eine gesetzmäßige Grundlage. Koordination zwischen den Mitgliedsstaaten und Kohärenz der verschiedenen Politikbereiche - Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe - sind zu Schlüsselbegriffen geworden. Welche Veränderungen haben sich daraus für die Zusammenarbeit mit Bangladesh ergeben?

TeP: Viele wissen nicht, daß bereits die Römischen Verträge in den Artikeln 131 bis 136 die Grundlagen unserer Entwicklungszusammenarbeit formulieren. Maastricht hat allerdings die Entwicklungszusammenarbeit in einen größeren Kontext gestellt, den Koordinations- und Kohärenzgedanken geschärft. Die Verantwortlichen wis-

sen nun, daß sie etwas tun, ihre Aktivitäten koordinieren müssen. Die Realität ist jedoch noch eine andere. Die Koordination zum Beispiel im Bereich der Armutsbekämpfung in Bangladesh steckt noch in den Kinderschuhen. Die Konzepte der Mitgliedsstaaten liegen teilweise weit auseinander. Jeder kocht noch sein eigenes Süppchen. Es braucht Zeit.

Zweifel werden laut, ob die kürzlich erfolgten Umstrukturierungen in der Kommission die Koordination innerhalb Ihrer Behörde erleichtern werden. Was ist Ihre Meinung dazu?

TeP: Wir haben nun vier Generaldirektionen für Außenbeziehungen. Herr Pinheiro ist vor allem für die AKP-Staaten zuständig, Herr Marin für Asien, Lateinamerika und den südlichen Teil des Mittelmeers, Herr van den Broek für Osteuropa, GUS und das nördliche Mittelmeer und schließlich Sir Leon Brittan für Fragen des Außenhandels.

Welche Gründe liegen dieser Entscheidung zugrunde?

TeP: Der neue Kommissionspräsident Jacques Santer hat diese Entscheidung getroffen und gleichzeitig einen aus diesen vier Generaldirektionen sich zusammensetzenden Ausschuß unter seiner Leitung ins Leben gerufen. Damit soll die Koordination zwischen ihnen sichergestellt werden.

J: Vor dieser Umstrukturierung hatten wir eine Trennung in verschiedene Fachbereiche, z.B. Politik, Wirtschaft, Entwicklungszusammenarbeit. Dies brachte auch Nachteile mit sich. Verschiedene Kommissare sprachen mit den Repräsentanten eines Landes über verschiedene Aspekte. Dies führte zur Verwirrung und zu Koordinationsproblemen. Also folgte die Entscheidung, daß die Angelegenheiten, also alle Politikbereiche, in der Verantwortung eines einzigen Kommissars liegen sollten. Herr Marin, Vizepräsident der Europäischen Kommission, ist jetzt verantwortlich für die Beziehungen zwischen Bangladesh und der EU.

(* Seit dem 01.11.1993 (Vertrag von Maastricht) lautet die offizielle Bezeichnung "Europäische Union" (EU). Der Einfachheit halber ist auch dort von EU die Rede, wo es eigentlich Europäische Gemeinschaft (EG) heißen müßte.)

Intro

Wilfried
Grünen"
tigt sich
Interview
den beid
sion ge
schieblic
krete Zu
im Hinbli
tik als so

Welches Ve
Bangladesh
das am Tro
Europäische
teil. Diese
Potential B
man legt d
Bevölkerung
vom Westen

Können Sie
Entwicklung
Die Abstim
zählen. Anfä
der den Lon
Mit unserer
Gehör versc
vor der Ab
"Überläufer"
dann mit im
knappes Erg
Gerade bei d
"Sternstunde
einig kaum
in den polit
EP zum 'Flo
anlaßt und d
hat, würde ic

Können Sie
Daß Lomé I
nicht durchge
als Vorwand,
herunterzuse
10jährige La
Jahren erneu
Regierungen
zur Dispositio
Den größten
wirkungen vo
deutung gew
vergemeinsch
schen Gesicht
mehr Kompet
handelsaussch
dings zum Au
seit längerem
Entwicklungst
Auf der Komm
die das EP fa
KommissarInn
eine rein regio